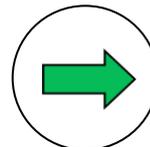
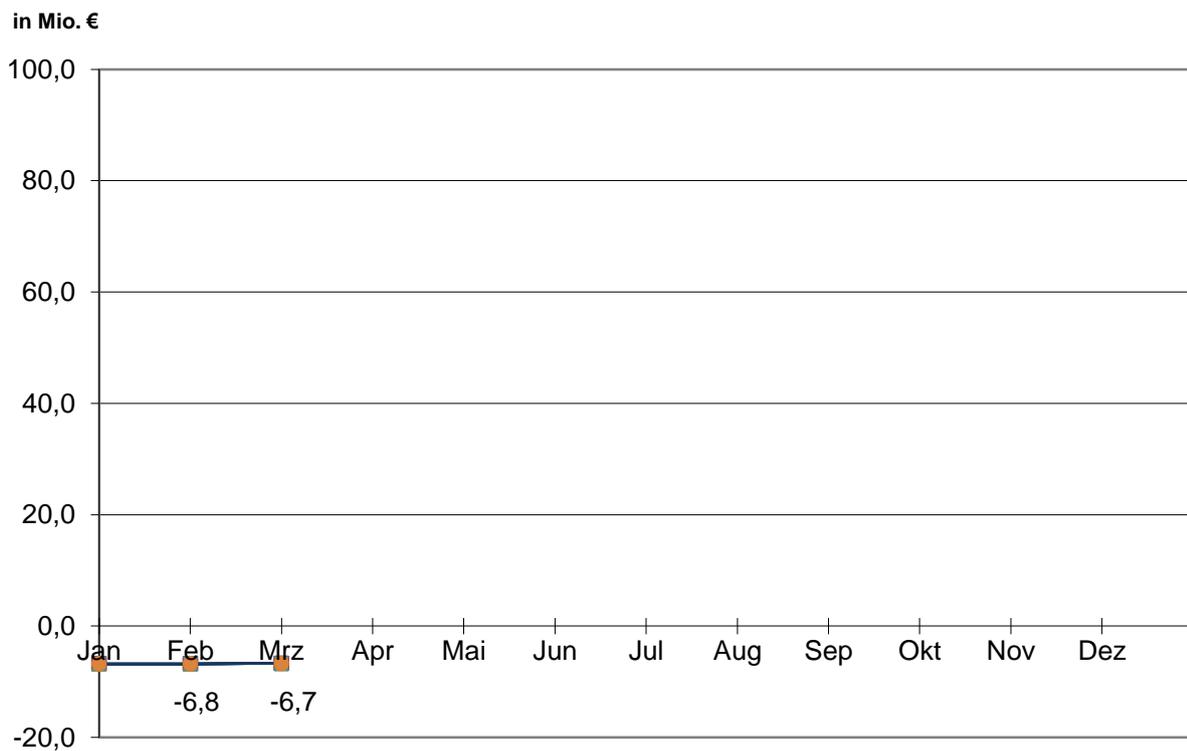


Jahresergebnisprognose der Stadt Wuppertal

Bericht zum Stand 31.03.2018

Jahresverlauf 2018 des prognostizierten Betrages



Progn. Betrag laut Haushaltsplan:

-6,8 Mio. €

Progn. Betrag des Berichtes vom 31.03.2018:

-6,7 Mio. €

+0,1 Mio. €

Im Vergleich zum Haushaltsansatz gibt es im Wesentlichen folgende Verbesserungen bzw. Verschlechterungen (in Mio. €):

	<p>Bei den Personalaufwendungen ergeben sich in einer ersten Prognose zum Stand März 2018 Verschlechterungen vor allem aufgrund der Auswirkungen der neuen Entgeltordnung sowie der Besoldungserhöhung 2018. Damit wirkt die Überschreitung des Budgets aus dem letzten Jahr (damals über 7 Mio. €) zu einem größeren Teil fort. Bei dieser Prognose für das laufende Jahr sind folgende Annahmen unterstellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des noch offenen Personalabbaus aus dem Jahre 2017 im Umfang von 8,23 VK, - planmäßige Abwicklung der HSP-Einsparvorgabe 2018, - vollständige Kompensation bei Übernahme der Auszubildenden durch Einsatz auf freie budgetierte Stellen. <p>Insofern bestehen durchaus Risiken. Ein noch größeres Risiko besteht in dem zu erwartenden Tarifabschluss. Eingeplant ist eine Erhöhung der Personalkosten von 1,5 %.</p>	<p style="color: red; text-align: center;">-4,2</p>
	<p>Verbesserungen im Bereich Soziales; diese resultieren</p> <ul style="list-style-type: none"> - aus einer erwarteten Verbesserung bei der Hilfe zur Pflege (aktuelle Prognose von rd. 5,5 Mio. €) sowie - einer Verschlechterung von rd. 1,2 Mio. € bei der Hilfe zum Lebensunterhalt aufgrund gesetzlicher Änderungen. 	<p style="color: green; text-align: center;">4,3</p>

Chancen und Risiken:

- Im Rahmen der Gewerbesteuerveranlagungen kann bei weiterem planmäßigem Verlauf davon ausgegangen werden, dass der Planansatz von 220,8 Mio. € erreicht wird.
- Bei den Personalkosten besteht das Risiko weiterer Verschlechterungen, insbesondere wenn die oben dargestellten Prämissen nicht eintreten und vor allem wenn der neue Tarifabschluss höher ausfällt als eingeplant.
- Das Land wird die vom Bund gezahlte Integrationspauschale teilweise an die Kommunen weiterleiten. Durchaus wird sich für die Stadt Wuppertal voraussichtlich eine Einnahme von 2,6 Mio. € ergeben. Das Gesetzgebungsverfahren dazu ist allerdings noch nicht abgeschlossen.